Korrigiert Keynes!

Werner Vontobel

zur Diskussion, wie die Politik die Wirtschaft regulieren muss

[Werner Vontobel, geb. 1946, ist Mitglied der Chefredaktion beim Schweizer Wirtschaftsmagazin CASH und einer der bekanntesten Wirtschaftsjournalisten im deutschsprachigen Raum. Er studierte Volkswirtschaft und war Korrespondent verschiedener Zeitungen in Brüssel und Bonn. Vontobel setzt sich mit wirtschaftspolitischen und -theoretischen Grundsatzfragen auseinander und hat zu diesem Thema mehrere Bücher veröffentlicht. 1998 hat er mit dem Essay „Die Wohlstandsmaschine. Das Desaster des Neoliberalismus." (Elster Verlag, Baden-Baden und Zürich) ein Plädoyer für den politischen Liberalismus und gegen den neoliberalen Verrat an der Marktwirtschaft geboten. Er zeigt, wie neoliberale Argumente den Kapitalhaltern Wohlstand verschaffen, indem demokratische Entscheidungsprozesse ausgehebelt werden. Mit Philipp Löpfe veröffentlichte er 2005 „Der Irrsinn der Reformen. Warum mehr Wettbewerb und weniger Staat nicht zu Wohlstand führen".]

Gut zehn Jahre nach dem endgültigen Zusammenbruch des Kommunismus ist nun auch beim deregulierten globalen Kapitalismus der Lack ab. Der Zusammenbruch der Aktienbörse, der Mutter aller kapitalistischen Märkte, der drohende Konjunktureinbruch und das Attentat von New York haben die Gesichtspunkte verschoben: Das, was der Markt vielleicht bieten kann, nämlich noch mehr Bruttosozialprodukt, erscheint nun plötzlich weniger begehrenswert als das Plus an Sicherheit, das man sich vom Staat erhofft. Der fromme Glaube, dass sich aus der globalen Summe der Entscheide aller sechs Milliarden privater Nutzenmaximierer automatisch eine heile Welt mit hohem BIP-Wachstum und tiefer Arbeitslosenquote ergeben könnte, ist geschwunden. Und selbst wenn dies so wäre, wer wollte sich denn in einer rein kommerziellen Welt ohne politische Auseinandersetzungen und Entscheide langweilen?

Damit ist also wieder einmal fast allen klar, dass die Politik steuernd in die Wirtschaft eingreifen und Ungleichgewichte, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt, korrigieren muss. In dieser Lage erinnert man sich an einen, der dies auch schon einmal gesagt hat, Lord John Maynard Keynes. *„Wir sind heute alle Keynesianer"*, titelte kürzlich sogar die neoliberale *„Financial Times"*. Gemeint ist damit, dass der Staat durch Steuersenkungen und Mehrausgaben die Wirtschaft auf Kurs halten soll, so, wie dies Keynes 1936 vorgeschlagen hat und wie es die US-Regierung heute praktiziert.

DOCH DIESER RÜCKGRIFF auf eine ferne Vergangenheit bringt uns nicht weiter. Das Arsenal der politischen Einflussnahme auf die Wirtschaft ist heute viel grösser als damals, und inzwischen sind diese Mittel auch praktisch erprobt. Jetzt braucht die Welt kein Revival des Keynesianismus, sondern eine grundsätzliche Diskussion darüber, wie die Politik die Wirtschaft regulieren muss. Dabei geht es auch nicht in erster Linie darum, neue direkte staatliche Eingriffe zu beschliessen, sondern darum, die bestehenden Institutionen vermehrt auf die wirklich wichtigen Ziele auszurichten.

Nehmen wir die Zentralbanken, eine eminent politische Institution, die seit Keynes stark ausgebaut wurde. Dass Zentralbanken Geld- und Zinspolitik betreiben müssen und der Staat somit einen wichtigen Markt reguliert, wird heute von niemandem bestritten. Die Frage ist bloss, zu welchem Zweck dieses Instrument eingesetzt wird. In der EU ist dieser Zweck ausschliesslich die Stabilität des Geldwertes bzw. der Kampf gegen die Inflation. In den USA muss das Fed[1] noch für Vollbeschäftigung sorgen, und es tut dies auch, indem der Realzins mittelfristig der realen Wachstumsrate des Bruttoinlandprodukts angepasst wird. Es ist vielleicht kein Zufall, dass sich die USA wirtschaftlich genau seit dem Zeitpunkt besser entwickeln als die EU, als die Realzinsen der beiden Blöcke auseinander zu driften begannen.

[1] [Fed – Kurzbezeichnung für „Federal Reserve Board", die Zentralbank der USA]

DOCH DIE ZENTRALBANKEN sind nicht die einzige politische Regulierungsinstanz der Kapitalmärkte. Andere politische Institutionen wie die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich oder die nationalen Bankenaufsichten entscheiden drüber, wie viel Risiken die Banken bei der Kreditgewährung eingehen können. Diese Instrumente dienten ursprünglich ausschliesslich der Sicherheit der einzelnen Banken und deren Gläubiger. Inzwischen weiss man besser, wie sich die Spielregeln der Bankenaufsicht auf die Stabilität des gesamten Wirtschaftssystems auswirken. Sehr wichtig sind ebenfalls die Kartellbehörden, die darüber entscheiden, wie viel oder wie wenig Wettbewerb auf dem Markt für Bankdienstleistungen herrscht. Auch das kann für die wirtschaftliche Stabilität entscheidend sein. Ein moderner Keynesianismus wird deshalb auch auf diesem Klavier spielen müssen.

Der anhaltende Börsencrash sowie die Währungs- und Finanzkrisen in zahllosen Ländern haben gezeigt, wie viel Unsicherheit von den Kapitalmärkten ausgehen kann und wie sehr es auf die richtigen Regulierungen ankommt. Dennoch ist nicht der Kapital-, sondern der Arbeitsmarkt mehr denn je der kritischste Gefahrenherd für die wirtschaftliche Stabilität. Hier führt der Preismechanismus grundsätzlich nicht zum Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage. Tiefere Löhne bewirken, dass mehr statt weniger Arbeitskraft angeboten wird. Je kleiner der Stundenlohn, desto mehr Stunden müssen gearbeitet werden, damit das Einkommen nicht sinkt. Deshalb besteht ständig die Gefahr, dass sich schon ein bisschen Arbeitslosigkeit zur grossen Krise auswächst.

Es ist deshalb kein Zufall, dass gerade der Arbeitsmarkt in hohem Masse reguliert ist. Es gibt Gesamtarbeitsverträge, Mindestlöhne, Arbeitszeitregelungen, Kündigungsschutz, Gewerkschaften usw. Dieses Gestrüpp von Regeln und Vorschriften ist zweifellos ineffizient. Es ganz abschaffen und die Arbeitsmärkte „deregulieren“ zu wollen, wäre jedoch der falsche Weg. Nötig ist vielmehr eine ständige Feinanpassung der Regulierungen, und damit darf man das grundlegende Dilemma der modernen Marktwirtschaft nicht aus den Augen verlieren. Es besteht darin, dass die Produktivität der Wirtschaft schneller zunimmt als die Bedürfnisse der Kunden.

BISHER HAT MAN DIE LÜCKE vor allem auf zwei Arten geschlossen – durch einen riesigen Werbeaufwand und durch eine Zunahme der Freizeit. Seit Keynes ist etwa ein Viertel der zunehmenden Produktion für eine Reduktion der Lebensarbeitszeit verwendet worden. Freizeit ist mit Abstand das wichtigste einzelne Produkt, dass uns die Wirtschaft bietet. Die Stabilität der Wirtschaft hängt damit in erster Linie davon ab, ob es gelingt, die Nachfrage nach mehr Freizeit zu organisieren. Schätzungsweise muss die wöchentliche Arbeitszeit alle zehn Jahre um zwei bis drei Stunden sinken.

Zu Keynes` Zeiten durfte man noch annehmen, dass dieses Ergebnis allein durch das Spiel der individuellen Nutzenmaximierung zu Stande kommen würde.

Keynes` Pfahlbauermethoden sind als Notnagel immer noch richtig. Doch die Ökonomie hat Fortschritte gemacht.

Inzwischen haben die Ökonomen Spieltheorie gelernt, und sie kennen das so genannte Gefangenendilemma. Der Arbeitsmarkt ist dafür ein typisches Beispiel. Entscheidet jeder für sich allein, so wird viel zuviel Arbeit angeboten, und es entsteht Arbeitslosigkeit. Eine (zusätzliche) Regel, die das verhindern kann, ist beispielsweise die Abmachung zwischen Arbeitgebern und -nehmern, dass im Falle einer Krise bis zu 15 Prozent der ausfallenden Arbeit umverteilt wird. Der Staat kann als dritter Partner dazustossen und beispielsweise den Lohnausfall teilweise mittragen. Solche Regelungen haben sich bereits bewährt. Sie führen nicht selten zur Erkenntnis, dass die gewonnene Freizeit mehr wert ist als der durch den Lohnverzicht bedingte Konsumausfall.

Keynes in Ehren. Er war der führende Ökonom der Dreissiger- und der Vierzigerjahre, und als Notnagel sind seine Pfahlbauermethoden immer noch richtig. Doch inzwischen hat selbst die Ökonomie ein paar Fortschritte gemacht. Die Keynes der Neuzeit warten nur darauf, entdeckt zu werden. ◆

Aktuelle Artikel des Autors:
http://www.blick.ch/news/wirtschaft/vontobel